

Antrag Nr. 23-F-69-0029

CDU, FDP und BLW/ULW/BIG

Betreff:

E-Mail-Richtlinie der Stadtverwaltung
- Antrag der Fraktionen von FDP, CDU und BLW/ULW/BIG vom 26.04.2023 -

Antragstext:

Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Unterhaltspflichtigkeit eines ehemaligen Oberbürgermeisters für seine Mutter, wurde im Revisionsausschuss auch über die Nutzung der städtischen E-Mail-Adressen für private Zwecke debattiert. Die Nutzung städtischer E-Mail-Adressen für private - nicht im allgemeinen Arbeitskontext - stehende Wünsche könnte problematisch sein. Dies ist insbesondere der Fall, wenn - wie im Falle des ehemaligen Oberbürgermeisters und des damaligen Amtsleiters - ein direktes oder indirektes Weisungsrecht oder Dienstvorgesetztenverhältnis vorliegt.

In der letzten Sitzung des Revisionsausschusses wurden hierzu verschiedene Sichtweisen diskutiert, auch unter Berufung auf die Alltagstauglichkeit der Richtlinie. Ziel der Verwaltung als auch der Politik sollte es sein, eine im Alltag handhabbare und gleichzeitig angemessene, Interessenskonflikte ausschließende Lösung zu finden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, die E-Mail-Richtlinie der Stadtverwaltung dem Ausschuss vorzustellen und Verbesserungspotentiale zu identifizieren.

Wiesbaden, 26.04.2023

Alexander Winkelmann
revisionspolitischer Sprecher

Jeanette-Christine Wild
Fraktionsgeschäftsführerin

Marc Dahlen
revisionspolitischer Sprecher

Daniel Butschan
Fraktionsgeschäftsführer

Renate Kienast-Ditttrich
Fraktionsvorsitzende

Michael Ungermann
Fraktionsreferent